

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 332/2019
Kiel, Donnerstag, 26. September
2019

Gesundheit/ Studienplatzoffensive
Medizin

Dennys Bornhöft zu TOP 30 „Studienplatzoffensive Medizin“

In seiner Rede zu TOP 30 (Studienplatzoffensive Medizin) erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dennys Bornhöft:

„Das Medizinstudium in Deutschland gilt als hochattraktiv, gleichermaßen aber auch als hochkomplex. Es beinhaltet Laborpraktika, verschiedenste Seminare und Praxisphasen. Rund sechs Jahre beschäftigt man sich intensiv mit den unterschiedlichsten Fachbereichen – zurecht, denn wer später als Arzt tätig ist, trägt eine immens hohe Verantwortung für die Patienten, für ihr Wohlbefinden, ihre Gesundheit, für ihr Leben. Trotz der hohen Anforderung sowohl bei der Bewerbung um einen Studienplatz als auch während des Studiums, wollen zahlreiche, vor allem junge Menschen, in Deutschland ein solches Studium absolvieren. Eine Vielzahl dieser Studierenden vertieft sein Wissen über weitere Jahre in einer Facharztausbildung, um so nach über einer Dekade der akademischen wie fachärztlichen Ausbildung Verantwortung für Leib und Leben der Patienten zu übernehmen.

Doch trotz des großen Interesses für den Medizinstudiengang, bleibt eine Erkenntnis: Es gibt nicht genug Ärztinnen und Ärzte. Offene Stellen gibt es sowohl bei den angestellten Klinikärzten als auch bei den niedergelassenen Ärzten. Die demografische Entwicklung wird in den nächsten Jahren dazu führen, dass sich diverse derzeit Praktizierende ebenfalls alsbald aus dem Berufsleben verabschieden werden. Die Politik muss hier proaktiv agieren, bevor sich auch bei uns Versorgungslücken realisieren. Aussagen über ‚Ärztenschwemme‘ und Überversorgung mit medizinischem Personal, wie es Anfang der 90er Jahre politisch debattiert wurde, kommt einem heute nicht nur aus der Zeit gefallen vor, sondern wie von einem anderen Stern. Demografischer Wandel führt zu Fachkräftemangel. Fachkräftemangel führt zu Problemen bei der Unternehmensnachfolge. Das gilt leider auch im Gesundheitssektor. Obwohl z.B. die Praxis vor Ort gut läuft, findet sich immer häufiger keine Nachfolgerin/kein Nachfolger. Aber auch in gut bezahlter

Anstellung, lassen sich zu wenige auf eine Tätigkeit in einer ländlichen Region ein.

Die Attraktivität des ländlichen Raumes wird auch über die medizinische Versorgung vor Ort entschieden, während wiederum mangelnde Attraktivität des ländlichen Raumes Ärztinnen und Ärzte davon abhalten kann, dort eine Tätigkeit aufzunehmen. Dies erinnert an die Frage, was zuerst da war: Henne oder Ei. Über Ursachen lässt sich nun lange debattieren. Wir können aber stattdessen Zeit und Energie besser in die Problembeseitigung stecken. Wenn bundesweit die Anzahl der Studienplätze erhöht wird, werden langfristig auch mehr Medizinerinnen und Mediziner für die Patientenversorgung und auch Forschung zur Verfügung stehen. Diese Studienplätze werden die öffentliche Hand viel Geld kosten. Ein Medizinstudium ist eine der teuersten Ausbildungen, die es gibt. Es ist aber Geld, das kaum besser angelegt werden kann. Da kein Bundesland prinzipiell nur für sich selbst Medizinerinnen und Mediziner ausbildet, sondern potenziell für das gesamte Bundesgebiet, wird in vielen Ländern der Ruf lauter, dass auch die Bundesebene mehr Verantwortung übernehmen sollte. Deswegen fordern wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern die Schaffung von 1000 zusätzlichen Studienplätzen deutschlandweit, wovon auch Schleswig-Holstein strukturell profitieren würde.

„Bleib oben“ heißt eine Kampagne des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums, um junge Menschen nach der Ausbildung oder dem Studium hier im Norden zum Bleiben, Arbeiten und Leben zu bewegen. Das gilt natürlich auch für die Ärztinnen und Ärzte, die hier auf einem hohen Niveau ausgebildet werden. Diese wollen wir nach ihrem Studium dann natürlich auch hier halten. Deswegen ist es genauso wichtig, dass wir Schleswig-Holstein als Standort insgesamt attraktiv machen, die ländlichen Räume nicht nur als Urlaubs-, sondern auch als Wirtschaftsregionen schätzen. Potentielle Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer müssen in Schleswig-Holstein Bedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, Spitzenforschung zu betreiben und neue Verfahren und Techniken zu testen. Diese Bedingungen zu schaffen, ist eine ministeriumsübergreifende Aufgabe, da Wirtschaftsförderung, Digitalisierung, ländliche Räume, Gesundheit und Wissenschaft zusammen gedacht werden müssen. Diese Aufgabe ist bei unseren Jamaika-Ministerinnen und Ministern in guten Händen.“